

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadspark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Was will man von uns?

So ein bißchen Hege gegen die Bauarbeiter ist eigentlich immer in der Presse zu finden. Gegenwärtig aber gehen die Wogen der Stimmungsmache gegen unseren Beruf wieder einmal sehr hoch. Wir wissen wohl, daß unsere Beketheit in der Öffentlichkeit nie sonderlich groß war, — aber was hat man jetzt besonders gegen uns?

Es ist das alte Lied. Unsere Löhne sind zu hoch, sind sündhaft hoch, und wenn über Nacht die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, dann haben allein wir Bauarbeiter das auf dem Gewissen. Doch abgebrühte Sünder, wie wir sind, antworten wir ungerührt, daß unsere Löhne vor 15 und 20 Jahren auch schon zu hoch waren, daß wir damals auch schon die deutsche Wirtschaft in den Strudel rissen — und sie doch heute noch immer lebt. Die Entschlichung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die uns erst jetzt im vollen Wortlaut vorliegt, freidet uns weiter als Verbredien an, daß „für den Abschluß neuer Bezirkstarife unerträgliche Forderungen gestellt worden sind“. Doch antworten wir ernst.

Die Entschlichung des Arbeitgeberbundes unterläßt es wohlweislich, der Öffentlichkeit zu sagen, warum überhaupt, abgesehen von den Löhnen, Forderungen für den Abschluß der Bezirkstarife gestellt werden mußten. Deshalb, weil ein Reichstariifvertrag seit mehr als einem Jahre nicht mehr besteht. Nicht zustandegekommen ist infolge unerträglicher Forderungen der Unternehmer. Und nun, nach einem 15 Monate lang ertragenen Vakuum, kämpfen die Bauarbeiter dafür, daß ihre früher im Reichstariifvertrag niedergelegten Rechte an den Bezirkstarifen vereinbart werden. Immer wieder muß man es in der Öffentlichkeit sagen, daß die Bauarbeiter mit ihren angeblich „unerträglichen Forderungen“ im wesentlichen nichts anderes bezwecken als die Wiederherstellung eines Zustandes, unter dem das Baugewerbe jahrelang gut hat leben können und der ihm, wie auch der Allgemeinheit, jedenfalls besser bekommen ist als der jetzige Stumpfzustand infolge des Fehlens der damaligen Ordnung. Die Bauarbeiter erstreben die Wiederherstellung des alten Vertragszustandes, die Unternehmer wollen ihn von Grund auf verschlechtern. Das ist der wahre Sachverhalt, der sich auch in der Art der Kampfführung ausdrückt. In allen großen Kampfgebieten, mit Ausnahme von Berlin, streifen die Bauarbeiter nicht, sondern sie sind ausgesperrt.

Oder war etwa der Inhalt des abgelaufenen Reichstariifvertrages so, daß seine Erneuerung der Bauwirtschaft und der Allgemeinheit gegenüber nicht verantwortet werden könnte? Es war darin der achtstündige Arbeitstag festgelegt, allerdings schon mit zahlreichen Ausnahmen, in denen Ueberstunden zulässig waren. Die Unternehmer forderten in den zentralen Verhandlungen den Zehnstundentag und außerdem die Nachholung der Ausfallstunden im Winter, so daß praktisch ein Elf- und Zwölfstundentag der Bauarbeiter im Sommer herausgekommen wäre. Dagegen sich zu wehren, war nicht nur das gute Recht, sondern jütliche Pflicht der Bauarbeiter. Es ist aber nicht wahr, daß wir an dem „starren“ und „schematischen“ Achtstundentag festgehalten hätten. Die Bauarbeiterverbände waren und sind bereit, dem tatsächlichen Bedürfnis der Bauwirtschaft in bezug auf Mehrarbeit Rechnung zu tragen, wosfür bezirklich zu vereinbarende Ueberstundenabkommen der geeignete und ein durchaus ausreichender Weg sind. Wer allerdings auf eine dauernde und regelmäßige Uebererschreitung des Achtstundentages ohne jede Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades im Gewerbe und gar noch im geforderten Ausmaß ausgeht, der muß auf den erbitterten Widerstand der Bauarbeiter gefaßt sein. Die meist sehr weiten Wege zu und von der Arbeitsstelle und weiter die Tatsache, daß die Arbeitsleistung des Bauarbeiters, im Gegensatz zu der des Maschinenarbeiters, ganz aus der persönlichen Arbeitskraft herausgeholt werden muß und die Bauarbeit sich unter allen Umständen der Vitterung vollzieht, rechtfertigen diesen Standpunkt.

Sie hatten sodann im letzten Reichstariifvertrag Ferien für die Bauarbeiter vereinbart. Sie betragen drei, im günstigsten Falle vier Tage, d. h. für jene Arbeiter, die 36 bzw. 40 Wochen ununterbrochen bei ein und demselben Arbeitgeber beschäftigt waren. Also nur ein Teil, in vielen Gebieten der geringere Teil der Bauarbeiter erhielt Ferien. An dieser „Belastung“ ist das Baugewerbe bisher nicht zugrunde gegangen und wird es bestimmt auch in Zukunft nicht zugrunde gehen.

Schließlich legte der abgelaufene Reichstariifvertrag ein bescheidenes Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Lehrlingsfrage fest. Es bezog sich lediglich auf die Lehrlingslöhne und besagte, daß diese im prozentualen Verhältnis zu den Gesellenlöhnen festzu-

setzen seien. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß diese Bestimmung eine unerträgliche Belastung des Baugewerbes gewesen sei. Nach unserer festen Ueberzeugung diente sie den Interessen des Gewerbes. Ohne ausreichende Lehrlingsentschädigung keinen ausreichenden Nachwuchs im Baugewerbe!

Die ursprünglich in der Lohnfrage (Lohnklassen- und Altersgruppeneinteilung) bestehenden Gegenstände hatten sich im Verlaufe der Verhandlungen bereits so weit geklärt, daß hieran der Reichstariifvertrag bestimmt nicht gescheitert wäre.

Aber die ungesunde Höhe der Bauarbeiterlöhne! Wir erklären bündig, daß wir für Stundenlöhne von 1,10 bis 1,30 Mk. vor der Allgemeinheit und vor unserer Gewissen die volle Verantwortung übernehmen. Denn der Nachweis, daß eine solche Lohnhöhe ungerichtet ist, ist noch zu erbringen. Sie ist es weder im Hinblick auf die Teuerung, noch im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse des Bauarbeiterberufes. Dabei sind die genannten Löhne Spitzenlöhne. In weiten Gebieten liegt die Lohnhöhe erheblich tiefer. Z. B. wurde in der Provinz Brandenburg durch Schiedspruch vom 9. Juli d. J. für Bauarbeiter in Lohnklasse III ein Stundenlohn von 75 Pf. festgesetzt. Wer von den Löhnen im Baugewerbe redet, darf nicht nur die Löhne von Berlin und Hamburg, er muß auch diese Löhne sehen.

„Rücksichtslose Ausnützung der Konjunktur“ sollen wir durch unsere Lohnpolitik betreiben. Soweit es eine solche in der Nachkriegszeit im Baugewerbe gegeben hat, waren stets die Bauunternehmer die Kupfmacher, die Bauarbeiter die Opfer einer solchen Konjunkturpolitik. Wir hatten ja die längste Zeit seit dem Kriege keine gute, sondern eine schlechte Baukonjunktur. Die Unternehmer mögen es verzeihen haben, aber wir erinnern uns noch gut der Zeit, als alle möglichen Besuche, sogar ungeleitete, die Bauarbeiter in der Lohnhöhe übertrafen, erinnern uns vor allem der willkürlichen und z. T. unter Vertragsbruch erfolgten Lohnherabsetzungen durch die Unternehmer im Winter 1923/24. Und was waren die im Frühjahr 1924, also unmittelbar nach diesem Winter, verhängten großen Aussperrungen anders als Ausnützung der schlechten Konjunktur gegen die Bauarbeiter? Wir weisen also den Vorwurf rücksichtsloser Konjunkturausnützung als den Tatsachen nicht entsprechend zurück und brauchen kaum zu betonen, daß eine solche reine Machtpolitik auch unserer grundsätzlichen Einstellung nicht entspricht.

Wohl aber bekennen wir uns zu dem Grundjah des Konjunkturausgleichs. Kaum ein anderer Beruf hat im und nach dem Kriege so gelitten wie gerade der Bauarbeiterberuf. Bis in den Sommer 1921 hinein hatten wir eine Massenarbeitslosigkeit der Bauarbeiter. Es war die Zeit, wo tauende Bauarbeiter in die Fabriken oder auch ins Ausland frömten. Der dann folgenden Belebung der Bauartigkeit, die aber immer nur wenige Sommermonate anhielt, folgte im Herbst 1923 der völlige Zusammenbruch des Baugewerbes, der bis in den Sommer 1924 hinein währte. Hunderttausende Bauarbeiter haben damals vier bis sechs Monate, zehntausende eine noch längere Zeit arbeitslos auf der Straße gelegen. Dem Bezuge der einzigen Erwerbsloosenunterstützung wurden dabei in zahlreichen Fällen noch Schwierigkeiten gemacht. Wer einem solcherart mitgenommenen Beruf in Zeiten des Konjunkturausgleichs einen entsprechenden Lohnausgleich verweigert, der zerrüttet diesen Beruf, treibt die besten Berufsarbeiter ins Ausland. Von hier aus erhält die Lohnpolitik der Bauarbeiterverbände ihre stärkste Rechtfertigung, und die Zukunft wird erweisen, daß sie damit auch die einzig richtige Gewerbepolitik getrieben haben.

Was die Politik der Schwerindustrie gegen die Bauarbeiter angeht, so hält es schwer, keine Satire zu schreiben. Es ist noch nicht sehr lange her, da kämpften diese Herrschaften mit einem geradezu janatitischen Eifer gegen die „Lohnschematisierung“ an, deren sich damals angeblich die Gewerkschaften schuldig machen sollten. Was sie selber gegenwärtig treiben, ist Lohnschematisierung aller plumpster Art, nämlich der Versuch, das Gesamtlohnniveau auf dem Standpunkte der Industriearbeiterlöhne festzuhalten. Ueberflüssig, zu sagen, daß es mit einem so orientierten Unternehmertum keine Verhandlung, nur Kampf geben kann.

Es müßte sehr wundernehmen, wenn das abgedroschene Schlagwort von den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ nicht auch gegen die Bauarbeiter gehalten müßte. Für uns ist es nur eine Hinfemlichkeit, daß die gewerkschaftliche Interessenerrettung die wirklichen Erfordernisse der Wirtschaft nicht außer acht lassen oder gar vergewaltigen darf. Aber neben den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ stehen die „sozialen Notwendigkeiten“, nicht weniger schwerwiegend als jene und jedenfalls gleichberechtigt mit ihnen. Seite Unternehmertreibe beherrscht heute eine Einstellung, die die Wirtschaft „retten“

will, auch wenn der Mensch, vor allem der arbeitende Mensch, dabei unter die Räder kommt. Dagegen wehren wir uns und wissen dabei die soziale und wirtschaftliche Vernunft gleichermaßen auf unserer Seite. Erst wenn ein gerechter Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten ehrlich angestrebt und gefunden wird, ist ein gesunder Friede in der Wirtschaft möglich.

„Unter keinen Umständen Zugeständnisse...“

Die Entschlichung des Arbeitgeberverbandes hat eine noch schärfere Fassung, als es nach der gekürzten Wiedergabe der T. U. scheinbar mochte. Wir lassen sie nachstehend im Wortlaut folgen:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat in seiner außerordentlichen Hauptversammlung in Hannover am 29. Juli 1925 zu der durch die Streiks und Aussperrungen in einem großen Teile Deutschlands geschaffenen Lage Stellung genommen. Er stellt fest, daß diese Kämpfe durch Lohnforderungen der Gewerkschaften hervorgerufen sind, die angesichts der bereits im Baugewerbe bestehenden Löhne sowie angesichts der gesamten Wirtschaftslage jeder Berechtigung entbehren. Er stellt weiter fest, daß diese Kämpfe ferner ihre Ursache in den unerträglichen Forderungen haben, die für den Abschluß neuer Bezirkstarife gestellt worden sind.“

Die Hauptversammlung macht es den in dem Kampfe befindlichen Bezirken zur Pflicht, unter keinen Umständen Zugeständnisse zu machen, welche die kaum wiederbelebte Bautätigkeit zum Zusammenbruch bringen müßten und nur gemeinsam unter Führung des Bundes irgendwelche Verhandlungen zu führen. Der Bund ist entschlossen, diese Bezirkverbände in der Abwehr der die gesamte Wirtschaft aufs äußerste schädigenden Forderungen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Solcher deshalb die Gewerkschaften hartnäckig an ihren unmöglichen Forderungen festhalten und dadurch die Beteiligung der Streitigkeiten hinterziehen, bedroht die Hauptversammlung den Bundesvorstand, nach Ablauf von zwei Wochen und nach Maßgabe der dann gegebenen Lage die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter in weiteren Bezirken auszusprechen und gegebenenfalls auch die Gesamtansperrung über ganz Deutschland zu verhängen.“

Das Reichsarbeitsministerium greift ein

Der Herr Ministerialrat W e o s vom Reichsarbeitsministerium, bekannt als Leiter der letzten zentralen Verhandlungen im Baugewerbe, ließ am 6. August unseren Verbandsvorstehenden zu sich bitten. Aus seinen Eröffnungen ergab sich, daß das Reichsarbeitsministerium die Zeit für gekommen hält, in die Kämpfe des Baugewerbes vermittelnd einzugreifen. Am Montag, den 10. August, soll im R.A.M. eine Besprechung der beiderseitigen Organisationsvertreter stattfinden. Ueber das Ergebnis werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Unmögliche Auslegung des Dachdecker tariffs

Zur Meisterblatt „Deutsches Dachdecker-Handwerk“ (Nr. 30) werden Anweisungen über das Verhalten der Dachdeckermeister bei Streiks bzw. Aussperrungen im Hauptbaugewerbe erteilt. Dabei leidet sich der Schindlus der Meisterorganisation, Herr Dr. Springfeld, eine Auslegung des Reichstariifvertrages, die einem Verstoß gegen Treu und Glauben bedenklich nahe kommt und der deshalb nachdrücklich widersprochen werden muß. Es heißt dort:

„In Groß-Berlin sowie in verschiedenen Gegenden des Reiches sind in den letzten Tagen Streiks im Baugewerbe ausgebrochen. Zur Orientierung unserer Mitglieder und zur Vermeidung von Irrtümern machen wir auf die für diesen Fall getroffenen reichstariiflichen Bestimmungen aufmerksam.“

Um zu vermeiden, daß die Arbeitgeber im Dachdeckerhandwerk durch rückwirkende Lohnsenkung, die sie in fast allen Fällen aus ihrer Tasche zu zahlen hätten, geschädigt werden, ist in Uebereinstimmung mit den Arbeitnehmern erstmalig im Reichstariifvertrag vom 1. August 1924 und sodann auch unverändert im Reichstariifvertrag vom 1. Juni 1925 im § 4, Abf. 6, vereinbart worden:

„In Fällen, wo infolge einer Lohnbewegung der tarifliche Lohn im Baugewerbe vorübergehend nicht feststeht, bleibt dieser sinngemäß der vorangegangenen Bestimmungen im Dachdeckerhandwerk solange in Gel-

lung, bis im Baugewerbe ein neuer tariflicher Lohn feststeht."

Dieser Absatz besagt also, daß der neue Lohn im Baugewerbe für das Dachdeckerhandwerk erst vom Tage der Festsetzung ab Geltung hat, also auf keinen Fall rückwirkend.

Beispiel: Am 1. Juli bricht im Hauptbaugewerbe ein Streik aus, der am 28. Juli durch Festsetzung eines neuen Lohnes beendet wird, der im Hauptbaugewerbe vom 1. Juli ab, also rückwirkend, in Kraft treten soll.

In diesem Falle hat der neue Lohn für unser Handwerk erst vom Tage der Festsetzung, also vom 28. Juli ab Geltung. (§ 4, Abs. 6.)

Wir bitten die Herren Vorsitzenden unserer Landesverbände und Herren Obermeister unserer Mitgliedsinnungen, ihre Kollegen hierauf in den nächsten Versammlungen ausdrücklich hinzuweisen.

Berlin, den 17. Juli 1925.

Dr. C. Springfeld, Geschäftsführer."

Der von Dr. Springfeld herangezogene Abs. 6 des § 4 besagt in keiner Weise, daß eine neue Lohnfestsetzung keine rückwirkende Kraft haben soll, wenn diese im Baugewerbe tariflich vereinbart oder durch rechtsgültigen Schiedsspruch festgesetzt ist.

Der jeweils geltende Stundenlohn für alle Gesellen im Dachdeckerhandwerk regelt sich in allen Orten durch die tariflichen Vorgänge im Maurergewerbe (Kohbaumaureur, d. h. nicht Spezialisten). Es ist deshalb Sorge zu treffen, daß alle im Maurergewerbe eintretenden Lohnveränderungen rechtzeitig bekannt werden, da diese für das Dachdeckerhandwerk vom gleichen Tage ab Geltung haben."

Hier ist klar und deutlich gesagt, daß mit dem Tage der Lohnveränderung im Maurergewerbe, nicht dem der Lohnfestsetzung, sich auch im Dachdeckerhandwerk die Löhne ändern.

Unsere Kollegen aus dem Dachdeckerberuf erjuchen wir, Verstöße der Arbeitgeber gegen diese klare Rechtslage sofort dem zuständigen Verbandsbeamten zu melden.

Der Kampf der Schwerindustrie gegen die Bauarbeiter

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Sonntag, den 26. Juli 1925 eine sehr stark besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung, die im Josefsbau zu Dortmund stattfand.

Der Einberufer der Versammlung, Kollege Petri, wies einkleitend darauf hin, daß die Vertreter der Schwerindustrie, nachdem sie ihre Neubauten stillgelegt haben, nachdrücklich bemüht sind, auch die staatlichen und kommunalen Baubehörden, sowie die Baugesellschaften zu verpflichten, ihre Bauvorhaben zurückzustellen und die bereits begonnenen Neubauten ebenfalls stillzulegen.

Da dieses brutale Vorgehen mit den angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhnen begründet werde, habe der christliche Bauarbeiterverband diese Versammlung einberufen, um zu dieser Streitfrage öffentlich Stellung zu nehmen.

Nachdem Kollege Petri die mehr als 300 erschienenen Bauarbeiter begrüßt hatte, erteilte er dem Bezirksleiter, Koll. Koch, das Wort. Derselbe führte u. a. folgendes aus:

Seit Anfangen lobt im Industriegebiet der Kampf der Schwerindustrie gegen die Bauarbeiterschaft. Nach wiederholten Verhandlungen und nach einem 14-tägigen Streik wurden am 22. Mai unter der Leitung des Herrn Oberregierungsrats Dr. Clasen die Stundenlöhne für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen neu geregelt. Und zwar nicht durch Schiedsspruch, sondern durch eine Vereinbarung. Die Lohnveränderung betrug für die Tiefbauarbeiter 7 Pfg., für die Hilfsarbeiter 2 Pfg. und für die Maurer 26 Pfg. pro Stunde. Durch diese Lohnveränderung wurden die Löhne der Bauarbeiter in Rheinland und Westfalen denen angepasst, die in anderen Städten, wie Berlin, Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Hannover, Hamburg usw. die Bauarbeiter seit April d. J. erhielten.

Die Vertreter der Schwerindustrie und des Bergbaues hatten sich sehr bemüht, um diese Lohnvereinbarung nicht zustande kommen zu lassen. Als es ihnen aber bekannt wurde, daß dieses trotzdem geschehen war, wirkten sie zunächst auf die Bauunternehmer ein, von der Vereinbarung zurückzutreten, und als dieses die Unternehmer ablehnten, ordneten sie die Stilllegung ihrer Bauten an.

Seit Beginn dieses Kampfes sind die Vertreter der Schwerindustrie auch bemüht, die Stadtverwaltungen, die staatlichen Baubehörden und sonstigen Bauauftraggeber zu beeinflussen, ihre Bauvorhaben zurückzustellen und die in Ausführung befindlichen Bauten stillzulegen.

Wie es jaht, haben die Vertreter der Schwerindustrie mit ihrer Hege bereits Erfolg gehabt, denn wenn in den letzten Wochen im Industriegebiete täglich mehr über Streik- und Geldschwierigkeiten geredet wird und tatsächlich Geld sehr schwer zu haben ist, dann scheuen hier die Bauunternehmer die Hand im Spiele zu haben. Es ist doch nicht gut zu verstehen, weshalb nur hier im Industriegebiete solche Schwierigkeiten bestehen sollen. Im Rheinland, im Bergischen Lande und in anderen Bergischen haben wir eine lebhaft Bauarbeitslosigkeit und sind auch Geld sehr vorhanden.

Welches ist die Ursache des jetzigen Kampfes?

In Nr. 135 der „Deutschen Bergwerkszeitung“ heißt es: — Anlaß zu diesem Vorgehen hat die Lohnveränderung im Baugewerbe gegeben, die vom Hochbau freiwillig bewilligt wurde in Höhe von 30 Prozent und vom Tiefbau im Betrage von 12 Prozent, wodurch sich die Gesamtbaukosten um 17 Prozent erhöhen. Es trifft zu, daß die Bauarbeiterlöhne im Industriegebiet in dieser Höhe gestiegen sind (Tiefbauarbeiter 12 Prozent, Bauhilfsarbeiter 28 Prozent, Facharbeiter 31 Prozent.) Das kommt daher, weil die Löhne der Bauarbeiter im Industriegebiete gegenüber den Bauarbeiterlöhnen in anderen Großstädten um 15 bis 30 Pfg. pro Stunde niedriger waren.

In Rheinland und Westfalen ist das Baugewerbe zu mindestens 50 Prozent auf Bauarbeiter angewiesen, die von auswärts kommen. Daher können in diesen Gebieten die Bauarbeiterlöhne nicht dauernd hinter denen in andern Bezirken zurückbleiben, weil sonst der Zugang fernbleiben würde, zumal die Logisverhältnisse im Industriegebiete vielfach schlechter sind als in anderen Bezirken. Schließlich müßte doch das Baugewerbe im Industriegebiete in der Lage sein, annähernd dieselben Löhne zu zahlen, wie das in anderen Großstädten der Fall ist.

Im Rheinlande, im Bergischen Lande sind die Stundenlöhne der Facharbeiter noch 5 Pfg. höher wie im Industriegebiete, und es wird dort lebhaft gebaut, so daß schon Facharbeiter aus Holland angefordert wurden. Nun weisen die Vertreter der Schwerindustrie darauf hin, daß die Löhne der Industrie- und Bergarbeiter bedeutend niedriger seien, als wie die der Bauarbeiter vor der letzten Lohnvereinbarung gewesen sind. Das trifft leider zu. Aber damit kann doch nicht bewiesen werden, daß deshalb die Bauarbeiterlöhne nicht erhöht werden dürfen. Die allgemeinen Preisverhältnisse erfordern gebieterisch, daß die Löhne der Berg- und Industriearbeiter erhöht und den Bauarbeiterlöhnen angepasst werden müssen. Komme man uns nicht mit dem Einwande, daß Lohnveränderungen aus Konkurrenzgründen nicht tragbar seien, denn es steht fest, daß die Reallohne im Auslande wesentlich höher sind, als in Deutschland. Dieses geht hervor aus der Statistik von Professor Dr. Paul Herberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914.

Eigentümlich berührt es, wenn behauptet wird, daß durch die letzte Erhöhung der Bauarbeiterlöhne der Wohnungsbau völlig erlahmen müsse, weil die bisherigen hohen Festsetzungen eines Neubaus noch um weitere 30 Prozent erhöht würden. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß bei einem Neubau nicht nur die Arbeitslöhne, sondern auch die Baustoffe in Frage kommen. Die Baumaterialien sind aber im Frühjahr dieses Jahres ganz erheblich gestiegen. Dafür nur einige Beispiele:

Während im vergangenen Jahre im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1000 Ziegelsteine 20 bis 24 Mark kosteten, kosten diese ab 1. 4. 1925 — 40 Mk. im engeren Industriegebiet, 50 Mk. und darüber im Münsterland. Dachziegel kosteten im vergangenen Jahre 60 bis 65 Mk., jetzt 125 bis 175 Mk. und zwar trotz Frachten, Kohlen- und Umsatzsteuerermäßigung. Dazu kommt, daß aus dem Jahre 1923/24 mehr als 300 Millionen Steine auf den Ziegelfabriken lagern, die mittels Ruhrhilfe und Inflationslöhnen hergestellt worden sind und heute zum Verkauf gebraucht werden.

Die bekannte Begründung aller Preissteigerungen durch Industrie und Handel, nämlich die erhöhten Löhne der Arbeiter machten solche Preissteigerungen erforderlich, trifft hier nicht zu, denn die Löhne der Ziegelfabrikanten waren in diesem Frühjahr gegenüber dem Vorjahre nicht um einen Pfennig gestiegen.

Ueber diese unbedeutende Erhöhung der Baustoffpreise haben sich die Vertreter der Schwerindustrie aber nicht aufgeregt, im Gegenteil, sie haben diese Preise noch verteidigt, weil auch sie daran sehr interessiert sind. Ferner muß doch richtig gestellt werden, daß der Wohnungsbau durch die jüngste Lohnveränderung der Bauarbeiter bei weitem nicht um 30 Prozent verteuert wird. Im Lohnanteil kommen an einem Bau höchstens 33 bis 35 Prozent in Betracht, die restlichen 65 bis 67 Prozent entfallen auf Materialien usw.

Um wieviel Prozent sind nun die Arbeiterlöhne seit dem 22. Mai d. J. gestiegen? Es ergeben sich folgende Sätze:

Facharbeiter	31%
Bauhilfsarbeiter	28%
Tiefbauarbeiter	12%
Holzarbeiter	15%
Metallarbeiter	9%

Die Ziegelfabrikanten, sowie die Arbeiter in den Kalk-, Gips- und Zementwerken haben überhaupt keine Lohnveränderung bekommen.

Rechnet man zu einer Baukostensumme von 1800 Mk. 30 Prozent, dann ergibt sich eine Steigerung von 540 Mk. Rechnet man aber die letzte Lohnveränderung nur auf den wirklichen Lohnanteil eines Baues, der 18000 Mk. kostet, also 6000 Mk. plus 20 Prozent, dann ergibt das 1200 Mk.

Nun wußt sich aber die Frage auf, ob nicht die Geschäftsumsätze und der Verdienst der Bauunternehmer etwas ermäßigt werden können. Ich habe neulich ein Rundschreiben von dem Beton- und Tiefbauarbeitgeberverband in Breslau gelesen. Darin fordert der Verband seine Mitglieder auf, folgende Aufschlagssätze auf die Bauarbeiterlöhne zu berechnen:

Kolitzer	61%
Pöppelgassen	71%
Stalstente	80%

und für die übrigen Arbeiter 55 bis 63 Prozent. In Friedenszeiten war man mit 25 bis 35 Prozent sehr zufrieden. Auch am Gewerbegericht zu Siedinghausen, wo bekanntlich die Bauunternehmer behaupteten, daß ihnen die Aufträge wegen der zu hohen Bauarbeiterlöhne entzogen würden, haben wir festgestellt, daß dortige Unternehmer zu den Tariflöhnen 28 Prozent Geschäftsumsätze und Verdienst berechnen,

Daß die Unternehmergewinne sehr beträchtlich sein müssen, das beweisen wohl am besten die Submissionsergebnisse. Dafür nur ein Beispiel:

Neulich wurden die Erd-, Beton- und Eisenbetonarbeiten für die Zentralfüranlage auf dem Rieselfeld der Stadt Berlin vergeben. Die Offerten schwankten von 235 843 bis 864 820 Mk. Das ist „nur“ eine Differenz von 629 000 Mk.

Eine ganze Anzahl Submissionsergebnisse aus dem Industrie- und anderen Gebieten weisen ähnliche Differenzen auf. Tatsächlich hat sich auch bei den letzten Submissionen erwiesen, daß die Unternehmer anderen können, denn es sind Bauten gleichen Typs und gleicher Größe vergeben worden, von denen Ende April und Anfangs Mai auch eine Anzahl vergeben worden sind, die aber heute, nach der Lohnveränderung, nicht teurer sondern zum Teil sogar noch billiger zu stehen kommen.

Nun weisen die Unternehmer bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß wir ein armes Volk geworden seien und aus diesem Grunde nicht mehr so leben könnten wie vor dem Kriege. Daher müßten die Arbeiter länger arbeiten und sich mit wesentlich niedrigeren Löhnen zu zufrieden geben. Ferner heben die Unternehmer immer wieder hervor, unsere kranke Wirtschaft könne die jetzigen sozialen Lasten nicht mehr tragen. Um die Wirtschaft aufzubauen und zu beleben, müßte die Sozialversicherung erheblich abgebaut werden. Das ist ein Rezept nach dem bekannten Dr. Ejenbart.

Infolge der niedrigen Löhne der Berg- und Industriearbeiter und dem Wegfall der Familienunterstützung im Bergbau haben sich die Krankheitsfälle besonders unter den Kindern der Bergarbeiter ganz gewaltig vermehrt. Nach einer ärztlichen Untersuchung der Kinder in den Bezirken, wo besonders die Bergarbeiter wohnen, hat sich ergeben, daß bis zu 75 Prozent der Kinder tuberkulös sind. Vor einiger Zeit wurde in Serne eine ärztliche Untersuchung der dort vorhandenen 14 000 Schulkinder vorgenommen und dabei festgestellt, daß 6 320 — 45 v. H. krank oder in der Entwicklung zurückgeblieben sind.

Das ist nicht verwunderlich, denn bei den jetzigen Löhnen können die Berg- und Industriearbeiter ihren Kindern nicht die allernotwendigste Nahrung beschaffen, geschweige noch Aufwendungen für Arzt und Arznei erübrigen.

Wie sieht es denn aus mit der Mehrarbeit und Sparsamkeit der Unternehmer und besonders der Großunternehmer? Vielfach kann man feststellen, daß in Betrieben, wo in normalen Zeiten eine leitende Persönlichkeit stand, heute an 10 bis 12 leitende Kräfte stehen, ohne daß der Betrieb selbst oder dessen Belegschaft sich gegenüber der Friedenszeit vergrößert hätte. Wenn eine Veränderung eingetreten ist, dann nur bei den Monatsgehältern, die (inklusive diverser Zuwendungen) bis zu einer Höhe von 7000 Mk. gestiegen sind.

Mit der Armut unseres Volkes und mit dem Vorneberliegen unserer Wirtschaft läßt es sich sicher nicht vereinbaren, wenn heute eine Werbewoche oder Gewerbeausstellung die andere abfolgt, wozu fast immer die Reichs- und Kommunalbehörden erscheinen müssen. Und gerade zu aufreizend und empörend muß es doch bei der dahenden Arbeitererschaft wirken, wenn sie erfährt, daß die Veranstalter solcher Ausstellungen es für selbstverständlich halten, daß kostspielige Festessen und Trinkgelage gegeben werden, und vielfach sogar auf Kosten der Allgemeinheit.

Will man daher Moral und Sparsamkeit predigen, dann mögen die Unternehmer, die höheren Beamten und Behörden zunächst bei sich anfangen. Die Arbeiter werden dann gern folgen. Sie lehnen es aber entschieden ab, daß sie hungern und darben und übermäßig lange arbeiten sollen, wo hingegen andere Kreise im Überfluß leben.

Durch niedrige Löhne und übermäßig lange Arbeitszeit wird die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht erhöht, sondern verringert. Es ist eine alte Erfahrungssache, daß überall dort, wo übermäßig lange gearbeitet und ein geringer Lohn gezahlt wird, nicht nur die Leistungsfähigkeit der Arbeiter geringer ist, sondern auch die Krankheitsfälle der Arbeiter und ihrer Familienmitglieder sowie die Betriebsunfälle viel zahlreicher sind, als dort, wo die tägliche Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß beschränkt ist und die Arbeiter einen ausreichenden Lohn erhalten.

Die maßgeblichen Volkswirte weisen immer wieder darauf hin, daß wir auf dem Weltmarkte nur dann wieder zur Geltung kommen und unsere frühere Bedeutung wieder erlangen könnten, wenn wir mit Qualitätswaren aufwarten könnten. Qualitätsarbeiten können aber nicht von hungernden, kranken und stehenden Arbeitern geleistet werden, sondern nur von einer Arbeiterschaft, die der schlimmsten Sorgen enthoben ist.

Hervorzuheben ist auch, daß von allen maßgeblichen Volkswirten gefordert wird, daß wir die Quelle, aus der das deutsche Volk sein Einkommen schöpft, neu speisen müssen, d. h. das Kapital neu bilden und vermehren müssen.

Welches waren denn die Quellen, aus denen vor dem Kriege die Volkswirtschaft gespeist wurde?

Die Kapitalquellen der Vorkriegszeit lagen vor allem in der Sparkraft der breiten Massen der deutschen Bevölkerung. Die 20 Milliarden betragenden Bestände der deutschen Sparkassen und 6,5 Milliarden Bestände der deutschen Versicherungsgesellschaften in der Vorkriegszeit waren die Sammelbeden, von wo aus die Wirtschaft mit Betriebskapital gespeist wurde. Auch von den 10 Milliarden, die die Banken als Depositionen verwalteten, entstammten große Teile der Sparkraft der breiten Massen.

Wenn man also die Bildung von Neukapital für unbedingt erforderlich hält, dann soll man doch erkennen, daß hier der Hebel anzusetzen ist und die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder instand gesetzt werden, Spargelder zu sammeln.

Die Unternehmer und ihre Vertreter fordern ebenfalls die Neubildung von Kapitalien, aber eine solche, die die Unternehmergewinne nicht einengt. Wir glauben

aber, daß es viel richtiger ist, wenn die Kapitalbildung auf dem von uns vorgeschlagenen Wege erfolgt, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Unternehmer die großen Gewinne vielfach unproduktiv anlegen.

Seit Wochen kündigt die Schwerindustrie neue Kämpfe im Baugewerbe an und peitscht alle Bauinteressenten zu einer gemeinsamen Abwehraktion auf. Besonders der schwerindustrielle rheinisch-westfälische Wirtschaftsdienst ist bei dieser Behartheit tonangebend und peitscht nicht nur die Bauinteressenten, sondern auch die breite Öffentlichkeit gegen die Bauarbeiterchaft auf.

In Nr. 170/1925 der Bergwerkszeitung wird erneut die Kampfpapare bekanntgegeben. Sie lautet: Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Abbau der sozialen Lasten, langdauernde Tarifverträge usw.

Daß sich die Bauarbeiter mit dieser Parole nicht freiwillig abfinden, das ist auch der Bergwerkszeitung klar, denn in dem genannten Artikel heißt es wörtlich: „Daß diese wirtschaftlich und sozialpolitisch berechtigten Forderungen kampflos durchgeführt werden können, damit ist nicht zu rechnen. Deshalb tut das Baugewerbe gut daran, sich auf die Abwehr von Arbeitskämpfen einzustellen.“

Nachdem der Redner die empfohlenen Kampfmaßnahmen zitiert hatte, fuhr er fort: Die Arbeitgeberverbände rüsten also zu einem neuen Generalausflug zur Verschlechterung der sozialen Lage der deutschen Arbeitnehmerchaft im allgemeinen und der Bauarbeiter im besonderen.

Wir bebauern dieses sehr, zumal durch jeden Kampf im Baugewerbe die Behebung der großen Wohnungsnot verzögert wird und die in Frage kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes sehr geschädigt werden. Andererseits wird es auch ein vergeblicher und nutzloser Kampf sein, denn die deutschen Bauarbeiter werden sich selbst durch die Anwendung der allerjähmühtesten Druckmittel nicht zu übermäßig langer Arbeitszeit und Stundenlöhnen verurteilen und sich auch ihre sozialen Erzeugnisse nicht verschleiern lassen.

Mit einem Appell an die Bauarbeiter, treu zu ihrer Organisation zu stehen und dieselbe immer mehr auszubauen und zu stärken, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Am 15. August 1925 ist der dreihunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

keine Mehrheit findet, so wird die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Der Streit, der, wie die Gewerkschaftszeitung (30/1925) sagt, mit verhängnisvollem Eifer geführt wird, hat die sozialistischen Gewerkschaften gespalten, woran auch Mehrheitsbeschlüsse nichts ändern können. Die Gewerkschaftszeitung sagt a. a. O.: „Er zerreißt den Bund in zwei Lager, in das der Anwärter des Aufbaues und das der Opfer des Abbaues. Das Mißtrauen wächst auf allen Seiten und die Mißstimmung richtet sich in erster Linie gegen den Bund, der zum Werkzeug der Vergewaltigung der anderen gemacht werden soll... Will man es den bedrohten Gewerkschaften verargen, wenn sie ein Band, das sie nicht mehr schützt, sondern zu erwürgen trachtet, von sich werfen und dem Bund die Treue kündigen? Kann der Bund sich über das Selbstbestimmungsrecht einer Organisation hinwegsetzen? Der Organisationsplan Dißmann ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer im eigenen Hause, das der Gesamtorganisation der Gewerkschaften unübersehbaren Schaden zufügen wird.“

Subiel Kapitalisten, zuwenig Unternehmer

Unsere Wirtschaft kommt aus dem krisenhaften Zustand nicht heraus. Wo steckt der Fehler? Darauf gibt Prof. Dr. Friedrich Döppner in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ vom 18. Juli 1925 folgende bemerkenswerte Antwort:

„Darin, daß die Wirtschaft nicht nur in Sachen besteht, sondern auch in Persönlichkeiten. Die Persönlichkeiten, welche die Wirtschaft bewegen, das sind vor allem die Unternehmer! Unternehmer, wohlgenannt — das ist nicht dasselbe wie Kapitalisten. Unternehmertum hat Deutschlands Wirtschaft groß machen helfen. Jener Geist, der mit dem Interesse des Forschers, mit der Hingabe des Soldaten Wirtschaftsmöglichkeiten findet, entwickelt, ausnützt — der, tausend Hemmungen überwindend, Arbeitsmöglichkeiten schafft, Wechselfällen der Lage sich anpassend, Tag und Nacht ohne Rast im Dienste des Wertes sich opfernd, mehr der Sache und ihrem Blühen als dem eignen Gewinne hingeeben, Triebkraft der Wirtschaft bedeutet. Neben ihm wuchs im letzten Jahrhundert der andere, der mehr egoistische Typ des Kapitalisten. Sein Kern ist nicht Hingeebenheit an das Werk, wie beim Unternehmer, sondern Selbstsucht, Wille zum Besitz. Er opfert nicht sein Dasein, seine Kraft dem Gelingen seines Wertes. Er will nicht geben, sondern er will haben. Darum wartet er die schwache Stunde des Unternehmers ab, um sich der Frucht von dessen Arbeit zu bemächtigen. Er hat kein inneres Verhältnis zum Werk, er liebt es nicht, er liebt die Rente. Bringt es die Tageskonstellation, so kauft oder verkauft er Werte, ganz unberührt, so wie man Kaffeekaffee verkauft. Allzulange hat man, hat auch die Arbeiterchaft Unternehmer und Kapitalisten verwechselt in der Schematisierung der Klassenkämpfe. Die letzte Entwicklung war disharmonisch. Bodenschätze, Sonne und Erde, Häfen, Flüsse, Eisenbahnen sind natürlich Wirtschaftsquellen, aber die höchste unter allen Wirtschaftsquellen ist die Persönlichkeit. — Persönlichkeiten haben die Erfindungen und Entdeckungen gemacht, die Arbeitsmethoden ausgedacht, durch Schiff und Flugzeug die Erde erobert; Persönlichkeiten liefern ihren Geist in die Ware hinein als Chemikalien, Arznei, als Maschine. Der Geist steckt drin im Erzeugnis, die geschickte Hand ist darin enthalten. Darum wird es gefaßt. Pionier in dem ganzen weiten Reich der Wirtschaft war in allen Zeiten der Unternehmer. Er magte, er forderte die Welt zum Kampfe heraus, er jann Tag und Nacht, er jubelte auf mit dem Gedäch, litt mit der Not seines Wertes, und kam die Stunde der Gefahr, so potenzierte sich seine Kraft, er konnte nicht Schlaf, nicht Erholung, nicht Genuß, und so wuchs ihm das Werk ins Herz. Das Werk wurde sein liebtes Kind, sein Glück, sein Stolz. Und dies ist eine tiefe Wahrheit, wenngleich eine verborgene: nichts Großes wächst und trotz dem Geschick, wenn nicht Menschen die Vollkraft ihres Seins dafür opfern. Der Kapitalist tut dies nicht. Er kann es nicht, denn er versteht nichts davon. Unternehmertum pflegte sich aus Fachleuten zu bilden. Kapitalistische Gruppen dagegen aus solchen Menschen, die im Fachmann den Handwerker sehen, den man bezahlt. Wer wird sich um die höchste Veredelung seiner Produkte die Mühe sorgend quälen, wer auf Genuß und Lebensfreude im Dienste verzichten, wenn, wie im Kunst, nicht, niemand dessen achtet, wenn nicht der eigene Name, die eigene Tradition gewürdigt wird und wenn der Name von der Stelle des verantwortlichen Führers zu der einer namenlosen Nummer im Produktionsprozess gemacht wird. Unsere Wirtschaft ist schwer krank. Sie hat ihre Führer getötet. Die letzten Kräfte gibt der Mensch nur her, wenn er sich zumeist verknüpft fühlt mit seinem Werk. Er aber bedarf der letzten Kräfte. Die Menschheit setzt erst an ihren Fesseln und glaubt den Bannern nicht. Wir werden manchen Trutz noch zittern sehen, bis die Söhne Merkurs dahinter kommen, daß man der schöpferischen, ringenden Persönlichkeit nicht entraten kann. Der Wiederkaufstieg unserer Wirtschaft hat die Einziehung der Persönlichkeit zur Voraussetzung und die Erziehung von Generationen, in denen Zagemut und Sachlichkeit stark sind.“

Abbauen, abbauen!

Für den geistigen Bankrott einer gewissen Sorte von Wirtschaftsjährern“ ist nichts bezeichnender als ihr blindwütiges Geheer nach Abbau, nämlich der Sozialpolitik, der Steuern, der Löhne, des Achtstundentages usw. Tagte da kürzlich die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Dortmund, die natürlich

auch nicht mit ihrer „Weisheit“ über die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückhalten konnte. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 23. Juli 1925 bringt darüber einen Bericht, in dem sich folgende Stelle findet:

„Während die Industrie ihrerseits nichts unversucht läßt, um die laufenden Unkosten herabzudrücken und mit den erzielten Preisen in Einklang zu bringen, geschieht seitens der Behörden und Arbeiter nichts, um dieses Ziel zu erreichen. Statt dessen wird die Industrie mit Vorwürfen überschüttet, sie sei überorganisiert und verbanke diesen Umständen ihre gegenwärtige Lage. Alle diese Vorwürfe haben zweifellos den Zweck, die Grundfragen des Problems beiseite zu schieben. Denn von Behörden und Arbeitern verlangt die Lage, daß Maßnahmen ergriffen werden, die den Abbau der Sozialpolitik, der Steuern und der Löhne bei Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben.“

Gelingt es in kürzester Frist nicht, hier das Erforderliche durchzusetzen, so wird die Wirtschaft vollends zum Erliegen kommen. Die Lohnwirtschaft muß abgeschafft werden.“

Also abbauen, abbauen! Aber gleich die ganze Lohnwirtschaft? Und kommt das etwas reichlich „marxistisch“ vor.

Solcher kiederlichen Wirtschaftsgesinnung schrieb die angefehene Wirtschaftszeitung „Magazin der Wirtschaft“ (Heft 20) kürzlich folgendes ins Stammbuch:

„Wenn erst erkannt und allgemein verstanden sein wird, daß die Krise, die jetzt unsern Existenzboden unterwühlt, in Wahrheit nur von oberflächlicher Betrachtung als Kapital-, Steuer-, Arbeitszeit- oder Zinsfrage aufgefaßt werden kann, daß sie vielmehr letzten Grundes eine Krise der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, eine Krise der industriellen Rückständigkeit ist, so wird man auch aufhören, an Symptomen herumzudoktern und sich damit zu beschäftigen, Löcher zuzustopfen, die doch, hier oder dort, wieder aufzukeimen müssen. Das Problem der Rationalisierung ist viel wichtiger als jedes andere...“

Wichtiger schon. Aber der Abbau ist bequemer und vor allem billiger — diemal er nämlich auf Kosten der anderen geht.

Brunnenbergigung

Der Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, versandte kürzlich ein Rundschreiben an seine Mitglieder, worin es heißt:

„Unser Verband führt nicht nur den Kampf mit Gewerkschaft und Arbeiterchaft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiterchaft. In Hunderttausenden von Exemplaren werden beständig, und zwar unter neutraler Flagge, Druckschriften und Flugblätter an die Arbeiterchaft verandt, worin sie über volkswirtschaftliche Begriffe aufgeklärt werden. Namentlich an die Betriebsräte kommen solche Flugblätter, wie z. B. eine Klarstellung über die Unmöglichkeit der Einführung der Fordischen Arbeits- und Lohnmethoden, über die Technische Rothilfe, Preisabbau usw.“

Also unter „neutraler“ Flagge betreibt diese Organisation zum Schutze der Unternehmerinteressen ihre Propaganda. Wir gestatten uns, eine solche Art der Arbeiter-„aufklärung“ als Brunnenbergigung zu bezeichnen. Wer eine gute Sache vertritt, darf sich ruhig ins volle Tageslicht stellen.

Laribewegung

Ein Konsumverein gegen die kämpfenden Bauarbeiter

Die „Wirtschaftsgenossenschaft“, Zeitschrift für die Mitglieder des Beamten-Wirtschaftsvereins zu Berlin, schreibt in ihrer Nr. 30 vom 25. Juli 1925:

„Zurzeit haben wir wieder einmal einen ausgedehnten Bauarbeiterstreik. Ich bin gewiß für einen freien Laufverkehr, auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes. Es ist durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn derjenige, der bei einem Laufverkehr nichts anderes einzusetzen hat als seine Arbeitskraft, diese so teuer verkauft als möglich. So denken auch unsere Bauarbeiter. Sie nutzen die Konjunktur aus, sie sehen, wie die Bauunternehmer, dank der Finanzierung aller Bauten — mittelbar oder unmittelbar — aus öffentlicher Hand, heute ohne jedes Risiko und mit gutem Gewinn jeden Bau ausführen können; sie wissen, daß ein Nachwuchs, der ihnen Konkurrenz machen könnte, nicht existiert, sie geben sich auch keine Mühe, ihn heranzuziehen. Ganz offen muß es aber gesagt werden, daß damit die Bauarbeiter nichts anderes tun, als Händler, die die Konjunktur und die Notlage ausgenützt haben. In den vergangenen Jahren waren wir gewöhnt, so etwas Zucker zu nennen. Das Verhalten der Bauarbeiter kann man nicht viel anders charakterisieren, denn sie sind ja nicht Anhänger eines freien Laufverkehrs; sie wollen einen geregelten Arbeitsmarkt, und den haben wir doch heute. Solche Inkonsequenzen rächen sich. Zurzeit aber ruht jede Bautätigkeit, so daß das hoffnungslose Wohnungsbauprogramm, das neulich der Reichsarbeitsminister entwickelte, schon bei Beginn gestört wird.“

Der Berliner Beamten-Wirtschaftsverein ist dem unserer Bewegung nahestehenden Reichsverband deutscher Konsumvereine (Sitz Düsseldorf-Reisholz) angeschloffen. Der Vorstoß in den Rücken der kämpfenden Bauarbeiter wird also sozusagen aus dem eigenen Lager geführt. Eine sachliche Erwiderung können wir uns erparten, diese ist im Leitartikel dieser Nummer gegeben.

Schärfste Zurückweisung verdient es aber, wenn das Blatt sich erdreistet, die Lohnpolitik der Bauarbeiter als Zucker zu bezeichnen. In dem Organ eines Beamten-

Allgemeine Rundschau

Wo bleibt die Arbeitslosenversicherung?

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Deutsche“: „Es ist merkwürdig still geworden. Nachdem die Arbeitslosenversicherung im Reichstag bereits feierlich angeündigt worden ist, hört man nichts mehr von ihr. Wo bleibt der Gehektwurf über sie?“

Die bestehende Erwerbslosensfürsorge soll über den Mangel der Versicherung trösten. Die Arbeitnehmer können den bestehenden Zustand aber nicht länger ertragen. Sie zahlen allgemein Beiträge, erhalten die Unterstützung aber nur im Falle der Bedürftigkeit. Sie verlangen einen Rechtsanspruch auf Grund ihrer Beiträge. Sie verlangen ferner, daß Leistung und Gegenleistung in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Die Unterstützungssätze müssen in Beziehung zum Lohn stehen.

Die Arbeitnehmer haben oft genug auch darauf hingewiesen, daß die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt werden muß. Endlich verlangen die Arbeitnehmer volle Selbstverwaltung, eine Forderung, die ebenio sehr im Interesse der Arbeitgeber liegt. Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß diejenigen, die die Mittel aufbringen, über sie zu bestimmen haben. Der Einfluß der Beteiligten auf die Verwaltung der Mittel in der Erwerbslosensfürsorge ist sehr gering. Eine Besserung des Zustandes ist nur von der Einführung einer geordneten Versicherung zu erwarten.

Aus allen Kreisen der Arbeitnehmer tönt der Ruf: „Her mit der Arbeitslosenversicherung!“

Am die beste Organisationsform

In der Presse der „freien“ Gewerkschaften ist ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob die bestehenden Berufsverbände durch Industrieverbände abzulösen seien. Der am 31. August in Breslau beginnende 12. Kongreß der freien Gewerkschaften hat über die Frage der Organisationsform abzustimmen, nachdem der letzte Leipziger Kongreß die Schaffung von einheitlichen Industrieverbänden für zusammenhängende Industrien durch freiwilligen Zusammenschluß von Berufsverbänden geordert hatte. Da nun insbesondere kleinere Berufsverbände keine Neigung verspüren, ihre Selbständigkeit aufzugeben und sich von den großen Verbänden aufhängen zu lassen, verzucht der Antrag Dißmann-Kaepfow dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Verpflichtung aufzuerlegen, die Vereinheitlichung durch Industrieverbände zu erzwingen. Der Bundesvorstand des A.D.G.B. ist naturgemäß über den extremen Radikalismus, der in dem Antrag zum Ausdruck kommt, peinlich entsetzt und sieht darin schon den Zusammenbruch der Spitzenorganisationen. Und doch geht der Kampf um nichts anderes als um die letzte Grundfähigkeit, die mit praktischem Wirklichkeitsjinn im Widerstreit liegt. Bei einer Klassenkampforganisation, die keine Berufe, sondern nur Klassen kennt, ist der Berufsverband an sich ein Widerspruch, da die Klassenidee sich nur in der Industrieorganisation durchzusetzen vermag. Nun aber ist die praktische Entwicklung andere Wege gegangen als die Theorie, und es ist die Tragik der weitläufigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsjührer, daß sie, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, den Kampf gegen ihre eigenen Ideen aufnehmen müssen. Sie stellen sich damit praktisch auf den Boden der christlichen Gewerkschaftsauffassung, die den Beruf als den naturgegebenen und höchsten organisatorischen Zusammenhalt betrachtet.

Wenn auch mit der größeren Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß in Breslau der Antrag Dißmann

Vereins macht sich so etwas besonders nett. — Ein Berliner Maurer verdient nach der bisherigen Lohnregelung, den Monat zu 208 Stunden angenommen, im Monat 238,40 M., d. h. ohne Berücksichtigung der Mz. züge. Ein Meiserher Maurer verdient zurzeit 156 M. im Monat. Das Mittel zwischen beiden, das für einen sehr großen, vielleicht den größten Teil der deutschen Bauarbeiter in Frage kommt, beträgt somit 197,20 M. Die Schriftleitung der „Wirtschaftsgenossenschaft“ ist vielleicht so freundlich, diesen Monatslohn einmal die Höhe der staatlichen Besoldungsordnung gegenüberzustellen. Sie möge den letzteren aber mindestens drei Kinder zugrundelegen und auch nicht vergessen, daß der Bauarbeiter die angegebenen Löhne nicht das ganze Jahr hindurch verdient und daß er im Alter keine Pension erhält, es sei denn, daß man die kümmerliche Alters- oder Invalidenrente so nennen will. Wir wollen sehen, ob sie dann noch den Mut hat, den Vorwurf des Nachsich Aufrechts zu erhalten.

Die Behauptung, die Bauarbeiter gäben sich keine Mühe, einen Nachwuchs heranzuziehen, kann nur als nichts würdige Verleumdung bezeichnet werden, es sei denn, die Schriftleitung macht totale Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse für sich geltend.

Bezirk Karlsruhe

Ueber den Kampf im badischen Baugewerbe, der bereits über zwei Monate dauert, ist viel Unwahres verbreitet worden. So wird behauptet, die Arbeiter wollten die ganze Regenzeit bezahlt haben. Weiter kreibt man damit, daß während des Wochenbettes und bei Krankheit der Frau dem Manne für eine Woche der Lohn gezahlt werden solle. Außerdem wird behauptet, daß die Bauarbeiter Ferien bezahlt haben wollten, ohne daß sie Ferien nehmen. Gegenüber diesen zum Teil übertriebenen, zum Teil unwarhen Behauptungen stellen wir folgendes fest:

Eine Vergütung für Regenstunden ist von den Arbeitern nicht gefordert worden. Bei Geburts-, Todes- oder Krankheitsfällen (§ 616 BGB.) ist der Lohnausfall nicht für eine Woche, sondern nur für einen Tag gefordert worden. Diese Forderung stellt nichts Neues dar, sondern sie war viele Jahre in den Tarifverträgen für das Baugewerbe enthalten und kann nur von einem unsozialen Unternehmertum bekämpft werden. Die Ferien waren im Tarifverträge 1922/24 geregelt. Diese Regelung war jedoch so unvollkommen, daß die große Hälfte der Bauarbeiter nicht in den Genuß von Ferien kam. Jetzt sollte die Ferienfrage so geregelt werden, daß alle Bauarbeiter Ferien erhalten. Ueber die Art der Regelung hätte verhandelt werden können.

Dann sind über die Lohnforderungen der Bauarbeiter von Unternehmerteile falsche Gerüchte verbreitet worden. Danach sollen wir gegenüber dem Friedenslohn Erhöhungen um 170—210 Proz. gefordert haben. In Wirklichkeit beträgt die Forderung nur 56 Proz. über den Friedenslohn bzw. 12 Proz. über den bisherigen Lohn. Diese Forderung entspricht nicht einmal den jetzigen Feuerungsverhältnissen. Bei gutem Willen der Arbeitgeber wäre es möglich gewesen, auf gütlichem Wege zu einer Verständigung mit den Arbeitern zu kommen. Diese Verständigung scheiterte an der Stellungnahme der Arbeitgeber von vornherein und an ihren eigenen Gegenforderungen. Eine Lohnerhöhung lebten die Arbeitgeber ab, ebenso Verhandlungen über die sonstigen Tariffragen (soziale Forderungen). Einem Schiedsspruch des Schlichters für Baden stimmten die Arbeitgeber nur zum Teil zu. Einen Vergleichsvorschlag vom Reichsarbeitsministerium lehnten sie wiederum ab. Den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe, der am 28. Juli gefällt wurde, lehnten die Arbeitgeber ab. Durch eine Beschlusse an das Reichsministerium verhinderten die Arbeitgeber, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom badischen Landeslichter für verbindlich erklärt werden konnte. In wiederholten Fällen hat der Landeslichter für Baden Schiedssprüche für das ganze Gebiet für verbindlich erklärt, während jetzt die Arbeitgeber dieses Recht bestritten. Die Schuld an dem Kampf im Baugewerbe und die Verantwortung für die Verschärfung desselben tragen jedoch allein die Arbeitgeber.

Aus dem Verbandsleben

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren . . .“

so fragt und spricht auch der „freie“ Gewerkschaftler in Bielefeld. Die in Wirklichkeit keine Geisteswaffen ausstehen, zeigte die am 16. Juli im Vereinshaus, Herperstr. 2, vom Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufene Protestversammlung „Gegen den Terror der freien Gewerkschaften in Bielefeld“. Unser Bezirksleiter, Kollege Koch-Hochum, hatte das Recht. Ausgehend von dem brutalen Nachtkampf der Schwerindustrie und des Bergbaues, welche bekanntlich wegen der angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne ihre Bauten stilllegen, schäuferte er den Terrorismus der Bielefelder „freien“ Gewerkschaftler gegen christlich organisierte Kollegen, in erster Linie Bauarbeiter, welche durch die Stilllegung der Industrieanlagen zur Arbeitslosigkeit gezwungen waren. So wurden vier von Dortmund zugewandene Kameraden auf der Baustelle Kommer & Hoff an der Rijnstraße gezwungen, die Arbeit aufzugeben, weil die Zusammenarbeit mit ihnen verweigert wurde. Nach der Rückkehr mußten alle fünf Mitglieder des Baugewerkschaftsbundes an der Baustelle sitzen. Bei der Firma Bergmann & Fischer im Vorort Schönebeck erklärte der Baudelegierte Brunne, bis zum 21. April müsse er auf dem Bau des „freien“ Baugewerkschaftsbundes der Hebertritt des christlich organisierten Bauhilfsarbeiters E. aus J. werden, andernfalls würden der Firma am 22. April die Maurer und Hilfsarbeiter entzogen. Auf der Baustelle J. Graml

Bielefeld, Kaiserstraße, forderte der Baudelegierte Willsch Griefe vom Baugewerksbund den christlich organisierten B. W. auf, sich umschreiben zu lassen, die vom Büro (Bauleiter Schlüter des Baugewerksbundes D. W.) duldeten nicht, daß sie mit christlich organisierten zusammen arbeiteten.

Nachstehende Entlassungsurkunde siegt uns im Original vor:

„Der Maurer B. . . W. . . hat vom 21. Juli 1925 bis 23. Juli 1925 bei mir in Arbeit gestanden und war Mitglied der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Entlassen wegen Terror der Mitglieder des Baugewerksbundes.

Bielefeld, den 23. Juli 1925.

J. . . G. . .

Beugegeschäft.

Bei der Firma Tweer, Tempiergießerei im Vorort Bradwebe, hatten zwei Former aus Schloß-Holte Arbeit bekommen. Da die Zusammenarbeit mit diesen christlich organisierten durch Arbeitsniederlegung verweigert wurde, mußten sie die Arbeit verlassen.

Diese Liste des brutalen Terrors kann jederzeit erweitert werden, wir glauben aber durch diese Stichproben bewiesen zu haben, mit welchen Geisteswaffen die „freien“ Gewerkschaften glauben ihren Bestand wahren und mehren zu können.

Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

„Die am 16. Juli 1925 im Vereinshaus, Herperstraße, tagende Versammlung der christlichen Gewerkschaftler erhebt einstimmigen Protest gegen die in den letzten Monaten und Wochen einsetzende Vergewaltigung der Gestaltungs- und Bereinigungsfreiheit christlicher Gewerkschaftler durch den „freien“ Gewerkschaften angeführte Arbeitnehmer, wodurch bereits 150 christliche Gewerkschaftler arbeits- und brotlos oder zu Zwangsmitgliedern der „frei“gewerkschaftlichen Verbände gemacht wurden. Erleichtert wird dieser Terror durch manche Firmen und Werke. Die Versammlung erblickt hierin eine Unterstützung des Nachtkampfes der Großindustrie und des Bergbaues gegen die gesamte Arbeiterschaft.

Wir fordern die durch die Verfassung garantierte Koalitionsfreiheit auch in Bielefeld, der Heimat des preußischen Innenministers.

Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diesen brutalen Terror wenden, das Material sammeln und uns zur Verfügung stellen, damit auf gerichtlichem Wege gegen diesen Terror vorgegangen und die deutsche Verfassung geschützt werden kann.“

Kartell der christlichen Gewerkschaften in Bielefeld.

Raumburg (Saale). Am 25. Juli hatte unser Kollege Sennekamp aus Gölitz die hiesigen Bauarbeiter durch die Post zu einer Versammlung eingeladen. Er referierte über die Notwendigkeit der Organisation und gab am Schluß das neue Lohn- und Arbeitsabkommen bekannt. Es stellte sich heraus, daß wir 8 Pfg. pro Stunde zu wenig haben, bei den Hilfsarbeitern sind es 20 Pfg. und darüber, die zu wenig bezahlt werden. Auch werden hier die Zuschläge nicht bezahlt. Alle sahen ein, daß es eine Dummheit war, der Organisation den Rücken zu kehren. Die Unorganisierten, die anwesend waren, traten dem Verband bei. Voll Sennekamp versprach, im Laufe der nächsten Woche wiederzukommen und die, die nicht anwesend waren, zu Hause oder auf der Arbeitsstelle aufzusuchen, was er auch gründlich bejorgt hat. Ueber 70 Kollegen hat er dem Verbandszugeführt. Für die Lehrlinge soll eine besondere Jugendgruppe gebildet werden, um die Lehrlinge fachlich weiter auszubilden.

Kollegen! Dank der Kollegen, die der Organisation treu geblieben sind und der Mitarbeit des Kollegen Sennekamp haben wir nun wieder eine starke Verwaltungsstelle. Halten wir nun fest zusammen, dann werden wir unsere Rechte erkämpfen. Wir dürfen nicht erwarten, daß unsere Wünsche nun sofort ohne Opfer erfüllt werden. Nicht für sechs Wochen wollen wir organisiert sein, sondern wir müssen Vorarbeit leisten für die nächsten Jahre. Darum haltet fest und treu zusammen, wie wir es in den Nachbarorten sehen. Was die können, müssen auch wir können und wir können es, wenn wir nur wollen. Die Kassengeschäfte werden vom Kollegen Ende, Raumburg-Dreis, Kirchstr. 6, bejorgt.

Don den Arbeitsstellen

Töblicher Bauunfall

Augsburg. Am Erweiterungsbau des katholischen Lehrerseminars St. Ulrich verunglückte am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, unser Kollege Leonhard Lutz von Aytellen beim Aufschieben von Schalbrettern, welche mittels einer Motorwinde transportiert wurden.

Der Kollege war bei unserer Bauproduktionsgenossenschaft beschäftigt und galt als fleißiger, tüchtiger Arbeiter. Im Verbandsrat mußten wir ihn als tüchtiges, gewissenhaftes Vorstandsmitglied unserer Ortsgruppe Aytellen zu schätzen. Eine Witwe und fünf unmündige Kinder verließen in ihm einen treubeforgten Familienvater.

Der Vorgang war folgender: Unser Kollege war mit dem Einziehen der Bretter auf einem Gerüst von 18 Meter Höhe beschäftigt, welches mit gutem Schutgerüst versehen war. Beim Einziehen der Last am Schwenkranz rief unser Kollege der Maschineneinrichtung zu, weiter hochzuziehen, wobei Lutz, da er sich am Aufzugseil festgehalten haben soll, beim Wiederausfahren des Kranes in schräger Stellung über das Schutzgelenk gerissen

wurde, das Gleichgewicht verlor und kopfüber in die Tiefe stürzte. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den sofort eingetretenen Tod infolge Schädelbruchs und schwerer innerer Verletzungen feststellen. Str.

Briefkasten der Redaktion

Nach Frankfurt a. M. Wenn der Kollege Bornträger aus Müdingheim sich acht Wochen hartnäckig geweigert hat, die Beiträge zu bezahlen und er ohne Begleichung seiner Schuld abgereist ist, so hat er sich durch ein solches Verhalten selbst aus dem Verbands ausgeschlossen. Einer besonderen Anschlußklärung bedarf es also nicht. Gruß!

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Bremen

Nach hier zureisende Kollegen wollen sich stets sofort bei folgenden Kollegen anmelden: Friedrich Gagemeyer, Reuterstr. 60, IV.; Joh. Abels, Grafenstr. 30, I.; E. Sauerborn, Wachtstr. 117.

Zaborze (Kr. Hindenburg, Oberschles.)

Jeden Freitag von 7 Uhr abends ab Sprechstunde im Lokal des Herrn Eisner, Kronprinzenstr. 128.

J. A.: Johann Goldmann.

Bezirk Oberschlesien

Sprechstunden für die Mitglieder finden an folgenden Tagen statt:

1. In Gleiwitz jeden Mittwoch und Freitag von 6 bis 8 Uhr abends im Büro, Ostropplastr. 4 (Christliches Gewerkschaftshaus);
2. in Hindenburg jeden Freitag von 7 bis 8 Uhr abends in unserem Vereinslokal bei Herrn Eisner, Kronprinzenstraße. In Hindenburg werden die Sprechstunden durch die Kollegen Goldmann, Popiellet und Kon abgehalten;
3. in Beuthen jeden Freitag von 7 bis 8 Uhr abends im christlichen Gewerkschaftshaus durch die Kollegen Meißner und Heidrich (wie bisher).

J. A.: Dciopfa.

Sterbetafel

Am 24. Juli verloren wir durch tödlichen Bauunfall unseren treuen Kollegen **Leonhard Lutz** im Alter von 44 Jahren. Der Verstorbene war viele Jahre als mustergültiger Vertrauensmann unserer Ortsgruppe Aytellen tätig und seit der dortigen Gründung treues Mitglied unseres Verbandes.

Verwaltungsstelle Augsburg.

Am 29. Juli starb nach langer Krankheit unser treues Mitglied, der Zimmermann **Johann Kirchhoff**, im Alter von 68 Jahren.

Ortsgruppe Dortmund, Sektion der Zimmerer.

Am 2. August betruglückte unser treues Mitglied, der Fabrikarbeiter **Heinrich Brunfermann**, durch Absturz von einem Gerüst, tödlich. Er ist nur 47 Jahre alt geworden und war 19 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

Verwaltungsstelle Borsdorf.

Ehre ihrem Andenken!

Die Polierstühle

Unübertroffenes Selbstunterrichtslehrgeschäft für Maurer, Zimmerer und Eisenbetonarbeiter. Herausgegeben von **Hermann Hohmann in Bochum, Berner Str. 93.** Neu erschienen. Preis 4,- M. Zu beziehen vom Verfasser. Empfehle meinen brieflichen Fernunterricht für Maurer, Zimmerer und Betonarbeiter. Man verlange Probebriefe. (Preis 1,30 M. inkl. Porto.)

Wichtig!

Ausfuchen!

Um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, zu wirklichen Friedenspreisen rauchen zu können, haben wir uns entschlossen, auch in diesem Jahre den direkten Verkauf an Private freizugeben. Trotz der einzig dastehenden Preise kommen nur erstklassige, gesunde, lichte Ueberseetabake zur Verarbeitung und bürgt überhaupt unser Name für erstklassige Qualität. Um alles Risiko auf uns zu nehmen, wird Nichtgefallendes jederzeit zurückgenommen. Abgabe in Kistchen zu 50 Stück. Lieferung gegen Nachnahme, an Sachstellen 30 Tage Ziel.

Cigarillos Habanagut, rein aromatisch	3 Pf.
Rosita, neuapfundige Kopfgarre mit Cotenobaken	4
Magnet-El Sibelo, mild und zupigend	5
Handmade-Portia, Schneeweiß Brand	6
Schäufelstange, eine erstklassige Konjumgarre	7
Mittelpunkt-Intermezzo, große und beliebte Form	8
Konbarkeit-Mitros-Corona, aromatische Gemüßlinge	10
Deijer Kabe, Edelgut, wirkl. Qualitätsstellenheiten	12
Antonia-Don Petros, echte Importen u. Omerigaren	15
Tropenblätter-Collegium, unübertroffenes Erzeugnis	20

Sals, Manilla-Gold-Schö,

für jede Pfeife, ein geschmackvoller, leichter Ueberseetabak, das 1/2-Pfundpaket 60 Pf., das 100-Gramm-Paket 25 Pf. Sals, Rippenkasseler, reine, leichte Mischung, das Pfund 60 Pf.

Bei Sammelbestellungen über 50 M. 5%, über 100 M. 8% Provision. **Sender & Stielagel, Zigarren- und Tabakfabriken, Nettigheim bei Heidelberg.**